Die arg gebeutelten Energieversorger

RWE: In prekärer Lage

Die RWE ist einer der fünf führenden Strom- und Gasanbieter in Europa. Mit ihrem Know-how bei der Gewinnung von Braunkohle, der Stromerzeugung aus Gas, Kohle, Kernkraft und regenerativen Quellen, dem Energiehandel sowie der Verteilung und dem Vertrieb von Strom und Gas ist der Konzern auf allen Stufen der*Wertschöpfungskette* tätig. Gemessen am Absatz, ist RWE in Europa die Nr. 3 beim Strom und die Nr. 5 beim Gas.

Dennoch: das Unternehmen RWE steckt in der Krise. Im Zuge des Ausbaus der erneuerbaren Energien verdienen die Gas- und Kohlekraftwerke zu wenig Geld; ein Teil der Kraftwerke ist

nicht mehr wirtschaftlich. An den wichtigsten *Finanzzahlen*für das Geschäftsjahr 2014 lässt sich dies (im Vergleich zum Vorjahr 2013) gut ablesen: der Umsatz ist auf 48 Milliarden Euro (im Vergleich zu 52 Mrd. in 2013) gesunken. Das nachhaltige Nettoergebnis reduzierte sich auf 1,282 Mrd. Euro (2013: 2,314 Mrd.). Die kurzfristigen Schulden erhöhten sich 2014 auf 28,220 Mrd. Euro gegenüber 21,861 in 2013. In etwa gleich blieben die langfristigen Schulden mit 46,324 Mrd. Euro. Kein Wunder, dass der Personalstand von 64.896 auf 59.784 in 2014 abgebaut werden musste. Marktzinsbedingt mussten auch die Rückstellungen für die (zu üppigen?) Pensionen angehoben werden.

Die Erosion der *Kraftwerksmargen* hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt. Als Peter Terium, der Vorstandsvorsitzende der RWE AG, im

Sommer 2012 sein Amt antrat, handelte die Megawattstunde Strom am deutschen Terminmarkt noch mit 49 Euro; aktuell liegt der Strompreis nur noch bei 32 Euro. Bleibt es bei diesem Preisniveau, wird "RWE Generation" trotz aller Effizienzverbesserungen, in nicht allzu ferner Zukunft einen betrieblichen Verlust ausweisen. Nicht unwahrscheinlich ist, das sich der Strompreis noch weiter nach unten bewegt.

Bild rechts: RWE-Hauptverwaltung in Essen (Turm verkauft und zurück geleast)

Aber Gas- und Kohlekraftwerke werden weiterhin gebraucht. Ohne diese Anlagen entstünden regelmäßig Versorgungslücken, nämlich, wenn der Wind nicht weht und, wenn die Sonne nicht scheint. Denn Wind- und Solarstrom sind nun mal nicht auf Knopfdruck verfügbar. Deshalb setzt sich RWE energisch für den

sogenannten*Kapazitätsmarkt* ein. Nach diesem Modell erhalten Stromerzeuger auch dafür eine Vergütung, dass sie Kraftwerke betriebsbereit halten, die jederzeit bei Engpässen hochgefahren werden können. So, wie auch Fußballspieler bezahlt werden, wenn sie auf der Ersatzbank sitzen, aber einsatzbereit sind, falls Spieler auf dem Platz ausfallen sollten. In Großbritannien, Frankreich und neuerdings Polen ist man diesen Weg schon gegangen. Das Bundeswirtschaftsministerium lehnt dieses Modell bislang ab, da es bei der Energiewende keine weiteren Subventionen gestatten möchte.

Ein Top-Thema auf der politischen Agenda in Deutschland ist gegenwärtig der*Klimaschutz.* Damit der Ausstoß von CO2 um 40 Prozent bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 gemindert wird, sollen eine Reihe von Kohlekraftwerken abgeschaltet bzw. mit einer

Klimasteuer belegt werden. RWE fürchtet erhebliche Strukturumbrüche insbesondere bei der Braunkohle. Ein vorzeitiges Aus der Braunkohle würde den Verlust dieser sicheren, kostengünstigen und subventionsfreien Energiequelle bedeuten, worunter auch die Versorgungssicherheit insgesamt zu leiden hätte. Inzwischen warnen auch die Gewerkschaften mit Demonstrationen vor dem "sozialen Blackout ganzer Regionen" und dem Verlust von bis zu 100,000 Arbeitsplätzen.

Um RWE mittelfristig wieder auf Wachstumskurs zu bringen, will sich der Vorstand vorrangig auf die drei Felder erneuerbare Energien, Netzgeschäft und Vertrieb konzentrieren. In der Nordsee und an der walisischen Küste sollen große Windparks entstehen, und zwar im Verbund mit solventen Partnern. Damit werden Risiken und Kosten auf mehrere Schultern verteilt. Bei der Umsetzung

der Energiewende kommt dem Stromnetz eine Schlüsselrolle zu. Mehr als 300.000 Stromerzeugungsanlagen auf der Basis erneuerbarer Energien sind aktuell an das RWE-Netz angeschlossen und jedes Jahr werden es mehr. Eine Milliarde Euro pro Jahr soll in den Erhalt und den Ausbau dieser Netze investiert werden, wobei ein auf Jahre festgelegter regulatorischer Rahmen stabile Renditen (qua Subvention!) garantiert. Schließlich will man den 23 Millionen Strom- und Gaskunden zukünftig innovative Produkte und Dienstleistungen via Internet, z. B. Smart-Home etc, anbieten.

Trotzdem: das Marktumfeld bleibt schwierig und wird sogar noch schwieriger werden. Die Krise der konventionellen Stromerzeugung wird auch weiterhin die Ertragslage von RWE prägen. Der Betriebsgewinn könnte in diesem Jahr nochmals um zehn Prozent sinken. Der Vorstand hat für diesen

Fall bereits eine Änderung seiner Dividendenpolitik angekündigt, um die nötigen Investitionen zu ermöglichen. Die Kommunen in NRW, welche die RWE-Dividenden zum Ausgleich ihrer Haushalte brauchen, werden dies nicht gerne vernommen haben.

EnBW: Weiter im Sinkflug

Eigentlich hätte ein kleiner Raum in Karlsruhe genügt, um die diesjährige Aktionärsversammlung des

Stromriesen *Energie Baden-Württemberg (EnBW)*abzuhalten. Denn 46,75 Prozent aller Aktien befinden sich im Besitz der Landesgesellschaft "Neckarpri" und weitere 46.75 % gehören dem Zweckverband

Oberschwäbische Elektrizitätswerke "OEW", einem Zusammenschluss von 9 Landkreisen. Die Chefs dieser beiden Großaktionäre, Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Landrat Heinz Seiffert, hätten

(zusammen mit Vorstand und Aufsichtsrat) die Hauptversammlung vermutlich in 1 bis 2 Stunden hinter sich gebracht. Aber das wäre natürlich nicht im Sinne der allermeisten Kleinaktionäre

gewesen, deren "Streubesitz" sich immerhin auf stattliche 0,39 % beläuft. Meist sind es betagte ältere Badenwerker, die es genießen, einmal im Jahr von ihrer früheren Firma bewirtet zu werden. Sie erfreuen sich

an den angebotenen Würsteln sowie (vegetarischen) Grünkernhamburgern und lassen die alten Zeiten hochleben. Wie bei früheren Anlässen dieser Art, mischte sich auch diesmal ein veritabler ehemaliger

Staatsrat und Badenwerksvorstand unter den Kreis der Ehemaligen.
Die winzige Dividende von 69 Cent pro Aktie veranlasste nicht wenige Rentner zu einem Nachschlag in Form der angebotenen

"Naturalien", aber selbst diese war noch zu üppig angesichts der Finanzlage des Konzerns. Die EnBW fuhr im Berichtszeitraum 2014 nämlich keinen Gewinn, sondern einen Verlust von 387,6 Millionen

Euro ein
und finanzierte die Dividende gewissermaßen aus der Substanz zu Lasten der Investitionen. Diese werden aber zur gewollten Umsteuerung des Konzerns auf erneuerbare

Energien, wie Windparks, benötigt. Dafür ließ sich der Vorstand einige "Tricks" einfallen. Zum einen das rigorose Sparprogramm "Fokus", welches den Mitarbeiter etwa eine Milliarde

Euro pro Jahr abringt; zum anderen durch den Verkauf von Tafelsilber, zum Beispiel großen Anteilen an den gerade gebauten Windparks, wie "Baltic 2". Das hat zur Folge, dass das Geschäftssegment

Stromerzeugung in Zukunft sinken wird.

CEO Frank Mastiaux, bei EnBW-Hauptversammlung in Karlsruhe; Bild W.

Marth

Hinzu kommt, dass das Unternehmen EnBW von erheblichen Schulden geplagt wird. Zum Jahresende beliefen sich – gemäß Bilanz – die langfristigen Schulden auf 24 Milliarden Euro,

die kurzfristigen immerhin noch auf 9,5 Milliarden. Bei einem Umsatz von 21 Milliarden ist dies nicht wenig!
Vorstandschef Frank Mastiaux bekannte, dass die Rückstellungen für die Pensionäre und die Kernkraftwerke

erhöht werden mussten, um dem niedrigen Zinsniveau des Marktes zu begegnen. Kritische Aktionärsvertreter hinterfragten auch den Anstieg des Mitarbeiterstabs auf 20.092 und verglichen sie mit

den 58.000 bei Eon, deren Umsatz mit 111,5 Milliarden indes weit höher liegt. Der Vorstand verwies auf die verschiedenartige Strukturen in beiden Organisationen.

Sorgen bereitet dem Vorstand auch der

Verfall der Strompreise an der Börse (36 Prozent seit 2011)und die daraus erwachsenden geringen Margen. Auch die Wettbewerbslage hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Die Kunden wechseln

immer mehr ihren früher angestammten Versorger, was insbesondere für die Industriekunden gilt. Weil die Stadtwerke und Kommunen häufig ihre Netze aufkaufen, kommt es zum Phänomen der Netzaufsplitterung.

Dies hat auch den Kurs der EnBW-Aktie beeinflusst, die seit 2011 von 41 auf derzeit 25 gefallen ist.

Als Leitmotiv gibt der Vorstand aus: *Energiewende.Sicher.Machen.* Das klingt ein bisschen wie das Pfeifen im

Walde, aber was will ein armer Vorstand der EnBW auch öffentlich verkünden, wenn er in einem rot-grün regierten Land bestehen will. Und wenn im Aufsichtsrat solche Energieexperten,

wie Gunda Röstel, die ehemalige Sonderschullehrerin und Vorsitzende der Grünen Partei sitzen. Für 48.000 Euro Aufsichtsratsvergütung per anno, übrigens. (Darüber hinaus bringt Frau Röstel ihre

Fachkenntnisse noch in vier weiteren Räten und Beiräten ein).

Dr. Mastiaux sollte in seinen Prognosen allerdings auch nicht übertreiben. So bekannte er sich bei der Aktionärsversammlung mehrfach zu dem

bundespolitischen Ziel, im Jahr 2050 volle 80 Prozent der Stromenergie aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen. Und, dass er die EnBW im Jahr 2020 auf erneuerbare Stromerzeugung umgestellt haben

werde. Beides ist, mit Verlaub, höchst unwahrscheinlich.

Als würstelgestärkter Altrentner prophezeihe ich hingegen folgendes:

1. Das Ziel der Bundesregierung zur 80 %igen Stromerzeugung im

Jahr 2050 ist aus technischen und wirtschaftlichen Gründen unerreichbar.
2. Die EnBW wird die politisch gewollte Abschaltung ihrer restlichen beiden "cash-cows" Philippsburg 2 (im

Jahr 2019) und Neckarwestheim II (2022) als drittgrößter deutscher Energiekonzern nicht überstehen. Die wenigen Windparks, welche ohnehin nur (nicht planbaren) "Zappelstrom"

liefern, reichen bei weitem nicht aus um ein Industrieland, wie Baden-Württemberg, ausreichend mit Grundlaststrom zu versorgen. Da die Gleichstrommonsterleitungen noch lange Zeit von der Bevölkerung

blockiert werden, ist nur die Einfuhr von ausländischem Strom eine realistische Option.
3. In jedem Fall wird der Sinkflug der EnBW-Aktie anhalten.

E.ON: aus eins mach zwei

Ende 2013 ist

Deutschlands größter Energiekonzern mit einer

neuen Unternehmensstrategie an die Öffentlic

hkeit gegangen. Ihr lag die Einschätzung

zugrunde, dass sich seit Fukushima zwei verschied

ene Energiewelten entwickelt haben: eine

klassische und eine neue. Beide sind

nicht unabhängig von einander, im Gegenteil

, sie bedingen sich sogar – stellen aber ganz

unterschiedliche Anforderungen an das Energieun

ternehmen. In der neuen Energiewelt kommt es auf

erneuerbare und dezentrale Stromerzeugung,

intelligente Netze und Kundenorientierung an; in

der klassischen Energiewelt ist vor allem

Know-how und Kosteneffizienz in der Großstrom

erzeugung mit konventionellen Kraftwerken

gefragt.

E.on hat daraus die Konsequen

z
gezogen,
dass sich
der
Konzern
in zwei

unabhängige Firmen aufspalten sollte, die sich jeweils

auf die verschiedenen Herausforderungen fokussier

en. Ab 1. Januar 2016 wird es daher zwei Gesellsch

aften geben. So strebt E.on künftig eine

Führungsposition bei den erneuerbaren Energien

und den innovativen Kundenbeziehungen an; die

neue Gesellschaft soll eine starke und

gestalten
de Rolle
bei den
klassisch
en Strom-
und

Gasgeschäften einnehmen.

Hauptversammlung der E.ON, in Grugahalle Essen;

Bild W. Marth

Inzwischen (Stand April 2015) sind weitere

organisatorische Entscheidungen gefallen. Die

abgespaltene Schwesterfirma von E.on hat einen

neuen Namen:*Uni per.* Das Kunstwort steht für *Uniqu*

e *Performance*; es wurde von einem langjähri

gen Mitarbeiter der E.on vorgeschlagen und

hat sich gegen weitere 3000 Vorschläge

durchgesetzt.
Vorstandsvorsitzender von Uniper

wird Klaus Schäfer, derzeit noch Finanzche

f der E.on. Der Sitz des Unternehmens wird in

Düsseldorf sein, wo es die bisher von E.on benutzten

Liegenschaften bezieht. Voraussichtlich wird

Uniper 20.000 Menschen beschäftigen, etwa 40.000

werden bei E.on verbleiben. E.on wird weiterhin

von Johannes Teyssen geführt werden, was viele

Mitarbeiter ziemlich überraschte, denn Teyssen

war
bislang
eher
als Kriti
ker der
Energiewe

nde und der erneuerbaren Energien bekannt.

Skeptiker dieser Firmenaufspaltung vermuten in

Pressever öffentlichungen, dass E.on die Altlasten

aus Atom und Kohle in eine Art öffentliche "Bad

Bank" ausgliedern wolle, um das Zukunftsgeschäft

mit den erneuerbaren Energien nicht zu gefährden

. Die bilanziellen Zahlen im E.on-Geschäfts

bericht für 2014 sind nicht berauschend. Das

Unternehmen musste einen Rekordverlust von 3,1

Milliarden Euro hinnehmen, wozu auch Fehlinves

titionen in Südeuropa beigetragen haben. Hinzu

kommt,
das der
Konzern
auch von
immensen
Schulden

geplagt wird: 63,3 Milliarden Euro im langfrist

igen und 35,6 Milliarden im kurzfristigen

Bereich.

Vatt

enfa

ll:

Rück

zug

aus

der

Brau

nkoh

le

Die

Vatten fall

GmbH

mit

Sitz

in

Berl

in

ist

eine

100-

prozentige

Tochter der

schw

edis

chen

Mutt

erfi

rma

Vatten fall

AB

und

wird

ziem
lich
eng

von
Stoc
khol

m

aus

gest

euer

t.

Da

der

deut

sche

Bereich in

die Bilanz

des

Gesa

mtko

nzer

ns

kons

olid

iert

ist,

sind

wenige

verl
ässl
iche

Gesc
häft
szah

len

beka

nnt.

Der Umsatz

des

(deu

tsch

en)

Unte

rneh

mens

betr

ägt

ca.
11
Mill

iard

en

Euro

, es

werd

en

rd.

20.0

00

Mens
chen
besc

häft

igt.

Vatt

enfa

ll

betr

eibt

das

Über

trag
ungs
netz

50He
rtz
sowi

e

die

beid

en

Kern

kraf

twer

ke

krüm

mel

und

Brun

sbüt

tel,

welc

he

alle

rdin

gs
im
Zuge

von

Fuku

shim

a

abge

scha

ltet
wurd
en.

Als
Betr
eibe

r

der

Laus

itze

r

Brau

nkoh

le-

Tage

baue

und

der

Kohl
ekra
ftwe

rke

steh

t

Vatten fall

immer wieder

er

im

Zent

rum

gese

llsc

haft

lich

er

Konflikte.

Der im Herb

st

2014

neu

erna

nnte

Firm

ench

ef

Magn

us

Hall

hat

die

Brau

nkoh

le-

Tage

baue

samt

Kraf

twer

ke

zum

Verk

auf

gest

ellt

wegen

der

damit

verbunden

und

gefä

hrde

ten

Arbe

itsp

lätz

e

hat

dies

erhe

blic

he

Unru

he

bei

der

bran

denb

urgi

sche

n

Regi

erun

g

und

den

Gewerkschaft

en

ausg

elös

t.

Darüber

hina

us

hat

Vatten fall

bei

einem

amer
ikan
isch

en

Geri

cht

eine
Klag
e in

Höhe von 4,7

Milliarden

Euro wegen

der

Stil

lleg

ung

der

beid

en

gena

nnte

n

Atom

kraf

twer

ke

eing

erei

cht.

Alle

s

zusa

mmen

gese
hen
ents

teht

der

Eind

ruck

,

dass

sich

Vatt

enfa

ll

zumi

ndes

t

part

iell

aus

dem

deut

sche

n

Bere

ich

zurü

ckzi

ehen

möch

te.

Übernommen

von

Dr.

W.

Mart

hs

Rent

nerb lock